

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	L1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag
<u>Betr.:</u>	Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 **Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!**

4 Die Landwirtschaft ist weiter ein wichtiger Sektor unserer Wirtschaft, vor allem in ländlich
5 geprägten Gegenden. Sie zu gestalten gibt die Chance unsere Welt ökologischer, nachhaltiger,
6 fairer und sozialer zu gestalten. Daher wollen wir Landwirtschaftspolitik neu denken und ihr
7 Potenzial für eine bessere Welt nutzen.
8

9 **Tierhaltung und Tierschutz**

10 Die heute genutzten Legehennen sind nur auf Legeleistung gezüchtet und setzen weniger und
11 langsamer Fleisch an. Weil Hähne keine Eier legen können, werden die männlichen Küken
12 direkt nach dem Schlupf getötet, in der Regel durch Vergasen oder Schreddern. Mögliche
13 Alternativen sind die Hähne zu mästen und die geringen Erlöse durch hohe Preise für die Eier
14 aus zu gleichen (Geschwisterküken Projekt). Z.B. Auf 14 Betrieben in Mecklenburg-
15 Vorpommern werden die männlichen Tiere gemästet und nach 17 Wochen geschlachtet, die
16 Eier der Schwestern werden dadurch 3 Cent teurer (Die Welt 21.08.2012). Außerdem können
17 Zweinutzungsrassen eingesetzt werden, bei diesen Rassen dienen die weiblichen Tiere zu
18 Eierproduktion und ihre Brüder zur Mast, hier für eignen sich beispielsweise alte Rassen (br
19 Abendschau 28.10.2013). Inzwischen besteht die Möglichkeit vor der künstlichen Befruchtung
20 bei Rindern das Sperma so zu behandeln, dass nur noch weibliche Kälber geboren werden.
21 Diese Praxis überschreitet ethische Grenzen, der Mensch entscheidet hier aktiv welches
22 Geschlecht zu Welt kommt.
23

24 **Wir fordern**

- 25 - Solche Projekte (bspw. Geschwisterküken-Projekt) sind zu fördern.
26 - Vermehrt auf Zweifachnutzung zu züchten
27 - Das Sexen zu verbieten

28 Männliche Ferkel werden in der Regel wenige Tage nach der Geburt kastriert, Fleisch von
29 unkastrierten Ebern hat einen unangenehmen Geschmack und lässt sich kaum vermarkten.
30 Außerdem müssten die Tiere sonst von den Weibchen getrennt werden und sind aggressiver.
31 Die Kastration wird auf konventionellen Betrieben in der Regel ohne Betäubung durchgeführt,
32 das ist mit großen Schmerzen für die Tiere verbunden. An den Tieren werden zudem andere
33 Eingriffe durchgeführt. Schweinen werden die Schwänze gekürzt und Hühnern die Schnäbel.
34 Beides sind Körperteile, die schmerzempfindlich sind. Die Eingriffe sind nur notwendig, weil die
35 Haltungsbedingungen schlecht sind. Hühner reißen sich gegenseitig die Federn aus, weil ihr
36 Bedürfnis zu picken und zu scharren nicht befriedigt wird und es an Beschäftigung fehlt.
37 Ähnliches gilt für Schweine, die intelligenten Tiere beißen sich aus Langeweile gegenseitig in
38 die Schwänze. Die Tiere haben oft sehr wenig Platz. Die Tiere können sich nicht aus dem Weg
39 gehen. Vor einigen Jahren wurde die Käfighaltung für Legehennen abgeschafft, aus Angst vor
40 der Vogelgrippe wurde der Ausgestallterkäfig bzw. die Kleingruppenhaltung eingeführt, das

41 Platzangebot und die Lebensqualität wurden nicht erhöht. Kälber werden einige Wochen nach
42 der Geburt, durch Ausbrennen der Hornansätze enthornt. Meistens ohne Betäubung.

43

44 **Wir fordern**

- 45 - Das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen zu verbieten.
- 46 - Den Tieren sind alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu verfügen zustellen, dazu
47 gehört zum Beispiel Einstreumaterial, Strohballen, Kauketten, Bälle Raufutter (Silage,
48 Heu) und Körner zum picken.
- 49 - Eine Betäubungspflicht bei Kastrationen und Enthornungen einzuführen
- 50 - Das Mindestplatzangebot zu erhöhen. Zur Orientierung kann die EU-Ökoverordnung
51 dienen.
- 52 - Die Haltung Form Kleingruppenhaltung/ausgestalteter Käfig bei Legehennen ist
53 ersatzlos abzuschaffen.

54 Die meisten in der modernen Nutztierhaltung eingesetzten Tiere gehören zu wenigen
55 Hochleistungsrassen. Alte Rassen werden zunehmend verdrängt, diese haben oft einige
56 Vorteile z.B. eignen sie sich als Zweinutzungsrassen und kommen besser mit den Bedingung
57 der ökologische Landwirtschaft aus, als Hochleistungsrassen. Sie können dazu dienen den
58 engen Genpool der heute genutzten Rassen zu erweitern. Außerdem haben sie einen gewissen
59 kulturellen Wert, da sie schon lange genutzt werden.

60

61 **Wir fordern**

- 62 - Die Haltung und die Zucht alter Rassen zu fördern.
- 63 - Zunehmend auch Zweinutzungsrassen zu nutzen

64 In der konventionellen Tierhaltung ist es teilweise üblich die Tiere ohne Einstreu zu halten.
65 Einstreu erhöht den Liegekomfort. Bei großen Tieren wie Rindern verursacht das Ablegen auf
66 harten Boden große Schmerzen. Der Lebensraum der Vorfahren unserer Nutztiere hatte in der
67 Regel ebenfalls einen weichen Untergrund und war rutschfest. Zum Beispiel fällt es Rindern
68 schwer sich auf Spalten- oder planbefestigten Boden zu kratzen, weil sie wegrutschen.
69 Außerdem kann das Einstreumaterial zur Beschäftigung dienen. Um die Tiere auch bei großem
70 Tierbesatz gesund zu halten, wird im großen Maß Antibiotika eingesetzt. Der Einsatz erfolgt
71 zum Teil prophylaktisch. Sind Einzeltiere erkrankt wird der gesamte Bestand behandelt. Das
72 Medikament wird ins Futter oder Trinkwasser gemischt. Zum Teil wird es auch als
73 Wachstumsförderer eingesetzt. Der hohe und nicht gerichtete Antibiotikaeinsatz führt zur
74 Ausbildung von Resistenzen. Die Bakterien lassen sich nicht mehr durch Antibiotika behandelt,
75 das führt zu großen Problemen in der Tier- und Humanmedizin.

76

77 **Wir fordern**

- 78 - verpflichtend ein Teil des Stalles eingestreut werden muss. Die Einstreu muss sauber
79 gehalten werden und ein bequemes Abliegen ermöglichen
- 80 - den Antibiotikaeinsatz einzuschränken.
- 81 - Die Behandlung muss nach Möglichkeit zielgerichtet durchgeführt werden.
- 82 - Der Einsatz als Wachstumsförderer ohne Krankheitsanzeichen zu verbieten.
- 83 - Diese Gesetze müssen durch eine unabhängige Institution überwacht werden.

84 **Pflanzenbau und Naturschutz**

85 Laut dem Statistischem Bundesamt lag die Maisanbaufläche bei 2.036.800 ha
86 (<http://de.statista.com> Stand 18.01.14). Mais bringt einige Probleme mit sich, die Flächen liegen
87 einen großen Teil des Jahres brach. Der Boden wird nicht mehr von Wurzeln gehalten und wird
88 abgetragen (Erosion). Der fruchtbare Oberboden (A-Horizont) geht unwiederbringlich verloren
89 und die Fläche ist im extrem Fall nicht mehr für die Landwirtschaft geeignet. Mais ist eine
90 Humus zehrende Kultur, Humus stabilisiert den Boden und trägt zu Bodenfruchtbarkeit bei.
91 Außerdem werden durch Monokulturen, nicht nur Mais, Krankheiten gefördert. Durch geringe
92 genetische Vielfalt wird dieser Prozess noch verstärkt. Und die erforderliche Menge an
93 Pflanzenschutzmitteln erhöht. Durch den Einsatz von Insektiziden werden alle Insekten

94 geschädigt, darunter auch seltene Arten und Nützlinge wie Bienen. Mittel wie Glyphosat werden
95 zudem teilweise genutzt, um die Erntereife von Nutzpflanzen vorzuziehen. Damit geht eine
96 unnötige Schädigung des Bodens und Belastung der Endprodukte einher. Die heutige
97 Landwirtschaft bietet kaum Platz für wilde Tiere und Pflanzen. Die Landschaft besteht aus
98 riesigen Offenlandschaften in der sich, bis auf Raps keine blühenden Pflanzen finden lassen.
99 Durch das Pflanzen von Hecken können Ruckzugsplätze geschaffen werden, Blühstreifen und
100 Leguminosengrasgemenge dienen als Nahrung für Insekten. Hecken dienen zusätzlich als
101 Erosionsschutz, weil sie den Wind abfangen. Bei den Kulturpflanzen sind nur wenige Sorten
102 von Bedeutung, durch den engen genetischen Pool werden Krankheiten gefördert, weil die
103 Pflanzen für die selben Krankheitserregerstämme anfällig sind. Besonders in den Gebieten mit
104 einem hohen Tierbesatz, wie zum Beispiel Niedersachsen, kommt es zu Überdüngung. Obwohl
105 schon Gülle im ausreichenden Maße ausgebracht wurde, wird zusätzlich mit Mineraldünger
106 gedüngt. Die überschüssigen Nährstoffe werden ausgewaschen. Das führt zu einer hohen
107 Nitratbelastung des Trinkwassers. Außerdem werden die Flüsse und Meere gedüngt, was zu
108 einem extremen Algenwachstum führt. In kleinem Maßstab gibt es auch in Deutschland
109 biologisch-vegane Höfe. Da allerdings die konventionelle Landwirtschaft mit viel Düngemittel
110 sowie Tierfabriken sehr dominant ist, wird in diesem wichtigen Bereich einer neuen
111 Landwirtschaft wenig geforscht, wodurch die Anwendungsmöglichkeiten künstlich begrenzt
112 werden. Wir wollen eine intensivere Forschung in diesem Bereich unterstützen.

- 113
114 **Wir fordern:**
- 115 - Eine Pflicht zum Einhalten einer Fruchtfolge einzuführen und die gleichzeitige Nutzung
 - 116 von mehreren Feldfrüchten in einem Betrieb zu fördern
 - 117 - Die Nutzung von Sortenmischungen und Resistenzvielfalt zu fördern
 - 118 - Maßnahmen zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Humusaufbau, wie den
 - 119 Zwischenfruchtanbau zu fördern
 - 120 - Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu beschränken, insbesondere den Einsatz von
 - 121 Glyphosat
 - 122 - Das auf die Flächen nur die Menge an Nährstoffen ausgebracht werden dürfen, die
 - 123 auch entzogen wurden.
 - 124 - Die Förderung für Agrar- Umwelt Maßnahmen auszubauen
 - 125 - Wildwuchsstreifen am Rande von Ackern ausweiten
 - 126 - Eine Professur für pflanzliche Landwirtschaft soll am Fachbereich Agrarwissenschaften
 - 127 der Universität Kassel in Witzenhausen eingerichtet werden
- 128

129 **Energie, Ernährung und Welthandel**

130 Für die Versorgung von landwirtschaftlich genutzten Tieren werden große Mengen Futter
131 importiert. Laut Bauernverband (2012 <http://www.bauernverband.de>) waren es 2009-2011 in
132 der EU durchschnittlich 32 Mio. t Futtermittel (ohne Getreide), davon 22-23 Mio. t Soja, meist
133 aus Brasilien. Nach Deutschland kamen 6,6 Mio. t, angebaut auf 1,8 Mio. ha, das entspricht
134 10% der deutschen Nutzfläche (Wiesen, Weiden und Felder). Für den Anbau wurden große
135 Flächen Regenwald gerodet und Menschen umgesiedelt. Durch den Handel kommt es auch zu
136 einem enormen Entzug von Nährstoffen dort und einen Überschuss hier. Zudem ist ein großer
137 Teil des Sojas gentechnisch verändert. Die Risiken der Gentechnik sind nicht abzuschätzen.
138 Die Gentechniklobby argumentiert zwar, dass es in den USA, wo gentechnisch veränderte
139 Lebensmittel zugelassen sind, keine Krankheitsfälle gibt. Allerdings gab es bei diesem
140 „Versuch“ keine Versuchsgruppen und keine vernünftige Auswertung. Gentechnisch veränderte
141 Pollen breiten sich unkontrolliert aus. Es ist bereits zu Auskreuzungen gekommen und es
142 wurden veränderte Gene auch dort gefunden, wo sie nicht ausgesät wurden. In diesen Fällen
143 mussten betroffene Landwirte teilweise Strafen zahlen, weil sie die Pflanzen ohne
144 Genehmigung „angepflanzt“ haben. Die Ziele der Gentechnik wurden nicht erreicht. Die
145 Ernährungssituation in den sogenannten Entwicklungsländern wurde nicht verbessert. Zwar
146 sollte durch „golden Rice“ die Vitamin-A- Versorgung verbessert werden, allerdings ist durch die
147 schlechte Ernährungssituation die Vitaminaufnahme reduziert, Vitamin A ist ein fettlösliches
148 Vitamin. Außerdem würde der Bedarf auch durch den Verzehr von ungeschältem Reis gedeckt

149 werden, dieser ist aber wenig beliebt. In Indien wurden Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihrer
150 Existenz beraubt. Sie hatten in gentechnisch veränderte Baumwolle investiert, die in Indien
151 nicht wuchs und deren Wiederaussaat verboten wurde. Eine weitere gentechnische
152 Veränderung war das Einbringen des Bt-Toxins in die Pflanzengenetik, dadurch besteht die
153 Gefahr das Insekten gegen Bt-resistent werden und bt als, auch im ökologischen Landbau
154 zugelassenes, Insektizid unwirksam wird. Durch Gentechnik steigt der Einfluss der großen
155 Agrarkonzerne. Die Firma Monsanto entwickelte Pflanzen, z.B. Soja und Raps, die gegen ihr
156 total Herbizid round up resistent sind (round up ready), dadurch sollte der Herbizideinsatz
157 reduziert werden, in der Realität ist er gestiegen. 2012 wurden 962.000 ha für den Anbau von
158 Energiepflanzen, überwiegend Mais, für Biogasanlagen genutzt, das sind etwa 5,7% der
159 gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Außerdem werden für Agrarsprit große Mengen an
160 Palmöl importiert, auch hierfür wird Regenwald gerodet und indigen Völker werden vertrieben.
161 Würden sich 9 Milliarden so ernähren wie die Menschen in den Industriestaaten, bräuchten wir
162 noch eine zweite Erde, die wir nicht haben. In China wollen und können sich immer mehr
163 Menschen so ernähren wie hier. Die USA und die EU planen gerade ein
164 Freihandelsabkommen. Dadurch könnten gentechnischveränderte Lebensmittel, Fleisch von
165 geklonten Tieren, im Chlorbad gereinigte Hähnchen und ähnliche in den USA zu gelassene
166 Lebensmittel in die EU gelangen. Der Bundesfinanzhof entschied 2006 (V R 49/04) das
167 Sojamilch, Hafermilch, Reismilch etc. mit dem regulären MwSt-Satz besteuert werden muss.
168 Dies wird auch noch u.a. begründet mit "[...] Absatzmöglichkeiten für Milcherzeugnisse zu
169 erweitern, zu erreichen, während eine Steuerermäßigung für Milchersatzprodukte dem
170 entgegenwirken würde [...]". Auch darf Sojamilch nicht als Sojamilch etc. verkauft werden. Die
171 künstliche Abwertung der "Alternativ"-Getränke ist besonders bedauerlich, da diese vielfältige
172 Vorteile in den Bereichen Tiere, Gesundheit und Ökologie haben. Auch wir sehen uns in der
173 praktischen Umsetzung in einer gewissen Vorbildfunktion. Umdenken beginnt bei uns.
174 Die Erforschung von Vorteilen und Risiken einer pflanzlich betonten Ernährung müssen
175 wissenschaftlich weiter ausgearbeitet werden.
176

177 **Wir fordern**

- 178 - Den Import von Futtermitteln zu reduzieren
- 179 - Projekte für den Anbau von heimischen Eiweißpflanzen, z.B. Lupinen, zu fördern
- 180 - Den Import von gentechnischen Pflanzen, auch als Futter zu verbieten
- 181 - Den Anbau von gentechnischen Pflanzen, auch Freisetzungsversuche, zu verbieten
- 182 - In der geplanten Reform des EEG den Einsatz von Mais und anderen nachwachsenden
183 Rohstoffen weiter zu beschränken bzw. nicht weiter zu fördern
- 184 - Den Import von Palmöl zu reduzieren
- 185 - Milchprodukte aus Soja, Hafer, Reis mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu
186 besteuern. Sie müssen unter den Bezeichnungen "Sojamilch, Hafermilch, Reismilch"
187 vermarktet werden dürfen.
- 188 - Über die Folgen des Tierkonsums aufzuklären und diesen dadurch einzuschränken
- 189 - In Kantinen und Mensen immer eine vegane Alternative anzubieten.
- 190 - In den Kantinen des Landes, der Landesbetriebe, der Kommunen und der kommunalen
191 Betriebe ist das pflanzliche Angebot massiv auszubauen. Der Nicht-Konsum von Tieren
192 ist der beste Tierschutz
- 193 - Bei Juso- und SPD-Veranstaltungen soll es ein gutes pflanzliches Essensangebot
194 geben. Bei der Anmeldung zu Veranstaltungen von Jusos/SPD ist anzugeben, ob die
195 Teilnehmenden ein vegetarisches, veganes oder ein fleischhaltiges
196 Verpflegungsangebot haben möchten.
- 197 - Dem geplanten Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen
- 198 - Einrichtung einer Professur für pflanzliche Ernährung an der Universität Gießen, die
199 durch die räumliche Nähe zum Institut für alternative Ernährung (IFANE) dazu beitragen
200 könnte, die ernährungswissenschaftliche Kompetenz der pflanzlichen Ernährung in
201 Hessen zu stärken

202 **Lebensbedingungen von LandwirtInnen verbessern**

203 Im Primärsektor, also der Landwirtschaft, arbeiteten 2012 nur noch 1,6% der Erwerbstätigen.

204 Aufgrund von stetigen Innovationen, Optimierungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen ist
205 der ehemals dominierende Primärsektor nun nach Industrie- und Dienstleistungssektor der
206 kleinste. Trotz allem sind die landwirtschaftlichen Betriebe gerade in ländlichen Regionen, wie
207 bei uns in Nordhessen, ein wichtiger Arbeitgeber. Daher setzen wir JungsozialistInnen uns
208 dafür ein, dass Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, angemessen entlohnt werden und
209 in guten Arbeitsbedingungen arbeiten.

210 Die Umsatzentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist laut dem Situationsbericht des
211 deutschen Bauernverbandes positiv. Vor allem Ackerbaubetriebe, Obstanbau und ökologisch
212 geführte Betriebe haben einen höheren Umsatz zu verbuchen. Weiter auf Talfahrt befinden
213 sich die Milchbetriebe und Rinderbetriebe. Die abnehmenden Umsätze erschweren das
214 Überleben von Milch- und Rinderbetrieben. Dabei ist nicht der sinkenden Absatz, sondern der
215 harte Preiskampf an den Umsatzeinbußen schuld. Die Folge sind weitere Optimierungen zu
216 Lasten des Tierwohls. Hier ist die deutsche und europäische Landwirtschaftspolitik gefordert.

217 Die zunehmende Umstellung auf erneuerbare Energie ist für die Landwirte ein Fluch und ein
218 Segen zugleich. 72.900 Megawatt, das sind 11% des erneuerbar hergestellten Stroms, erfolgt
219 über die Landwirtschaft. Vor allem im Bereich der Biogasherstellung sind die
220 Landwirtschaftsbetriebe aktiv. Zugleich sind die steigenden Strompreise das große Sorgenkind
221 der Landwirte, so der Situationsbericht. Die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energie muss
222 innerhalb der Landwirtschaft weiter gefördert und der dezentrale Gedanke gelebt werden.
223 Gleichzeitig kann die Reduzierung des Strompreises ein wichtiges politisches Instrumentarium
224 für die Umsetzung von ökologischen oder tierethischen Verbesserungen sein.

225 Die Landwirtschaft hat ein eigenes Sozialversicherungssystem, das 2013 in die
226 Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau aufgegangen ist (SVLFG). Sitz der
227 Behörde ist Kassel. Die SVLFG ist sowohl Berufsgenossenschaft (also Unfallversicherung),
228 Rentenversicherung (AdL – Alterssicherung der Landwirte), Krankenkasse wie auch
229 Pflegeversicherung. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist demokratisch organisiert und
230 muss erhalten bleiben. In einigen Bereichen gibt es jedoch Verbesserungsbedarf, etwa in der
231 Altersvorsorge. Die ohnehin sehr niedrige Rente ist in den letzten Jahren gesunken. Der Bund
232 unterstützt mit einem Beitragszuschuss die Renteneinzahlung. Der dafür vorgesehene
233 Schwellenbeitrag für die Bezuschussung wurde jedoch seit 1995 nicht erhöht. Eine
234 entsprechende Initiative des Bundesrates zur Erhöhung der Schwelle ist daher zu unterstützen.
235 Wir fordern:

- 236 - Den Mindestlohn auch für Saisonarbeitskräfte und Aushilfskräfte
- 237 - Politische Förderung der genossenschaftlichen Landwirtschaft
- 238 - Die Energieumlage für Betriebe auszusetzen, die einen Mindeststandard an Tierhaltung
239 und ökologischen Landwirtschaft einhalten
- 240 - Den Schwellenbeitrag für die AdL nach fast 20 Jahren wieder zu erhöhen

241 **Europäische Agrarpolitik weiterentwickeln**

242 Der größte Posten des EU-Haushaltes sind die Agrarsubventionen. Für die Förderperiode 2014
243 bis 2020 wurde als Leitprinzipien für die Agrarsubventionen ausreichende Nahrungsproduktion,
244 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von ländlichen Betrieben. Diese Zielsetzungen
245 begrüßen wir als Jungsozialisten.

246 Jedoch fordern wir:

- 247 - Die Förderung stärker auf Greening (ökologische Auflagen) auszurichten sowie
248 vermehrt die angestellten Arbeitskräfte zu berücksichtigen und somit die soziale
249 Komponente der Förderung stärken
- 250 - Deckelung von Direktzahlungen auf niedrigerem Niveau, um vor allem kleiner Betriebe
251 zu fördern
- 252 - Stärkung der Komponente Ländliche Entwicklung
- 253 - Klare Fruchtfolgenbindung an die Direktzahlungen knüpfen
- 254 - Das die Subventionierung nicht weiter für den günstigen Export von Nahrungsmittel
255 verwendet werden darf. So werden Agrarstrukturen in ärmeren Ländern zerstört
- 256 - Stattdessen sollen EU-Mittel verstärkt zur Förderung des Tierschutzes aufgewendet
257 werden, z.B. im Sinne der Förderung des ländlichen Raumes

258 Auch wenn es genügend Kritikpunkte an den EU-Agrarsubventionen gibt, wollen wir sie nicht
259 abschaffen, sondern als Instrument für eine bessere Landwirtschaft einsetzen. Nicht zuletzt
260 sind die Subventionen auch ein Stück Sozialpolitik. Ohne die Unterstützung der EU würden
261 viele Höfe aufgegeben werden und der ländliche Raum weiter geschwächt werden.
262

263

264

Begründung:

265

266 Erfolgt mündlich.

267

268 angenommen

269 abgelehnt

270 überwiesen an